

## Wende wohin?

*Die ersten Wahlen in Italiens „Zweiter Republik“*

Mit den Wahlen vom 27./28. März hat sich in Italien Erstaunliches vollzogen. Sie bewirkten einen Umbruch wie sonst in keinem europäischen Land. Die bestimmenden Teile des alten Parteienspektrums, die Italien seit Kriegsende regierten oder in irgendeiner Form an der Machtverteilung und Machtverwaltung teilhatten, sind mit einem Schlag vom Erdboden verschwunden. Rund siebzig Prozent der jetzt gewählten Parlamentarier zogen zum erstenmal in die Abgeordnetenkammer und in den römischen Senat ein. Der großindustrielle Newcomer *Silvio Berlusconi* steigt exakt zwei Monate vor dem Wahltermin in die Politik ein und schafft es innerhalb dieser zwei Monate – mit der Vorlaufzeit waren es rund drei –, mit den Tausenden von Clubs seiner Bewegung „Forza Italia“ im Bündnis mit der regionalistischen Lega und der neofaschistischen „Alleanza Nazionale“ die absolute Mehrheit in der Kammer (366 von 630 Sitzen) zu erreichen und verfehlt sie im Senat (154 von 315 Sitzen) nur knapp.

All das mutet sich jetzt ein Land zu, das wie kein anderes in Europa absolute Mehrheiten traditionell ablehnt. Nur einmal, in den Nachkriegswahlen 1948 unter De Gasperi, gewann die DC eine absolute Mehrheit der Sitze. Die Aufdeckung der vielen Bestechungsskandale, in die die bislang regierenden Christdemokraten und Sozialisten mehr verwickelt waren als alle anderen, eine nicht immer zurückhaltend, zeitweise sehr publizitätsbewußt agierende Richter- und Staatsanwaltschaft und das nach den Teilkommunalwahlen im Juni und November letzten Jahres (vgl. HK, Januar 1994, 8 ff.) zum erstenmal auf nationaler Ebene erprobte – unvollständige – Mehrheitswahlrecht machten es möglich.

Das Wahlergebnis selbst war nach dem Verlauf des Wahlkampfes keine Überraschung, überrascht hat höchstens die Höhe, mit der Berlusconi „Freiheitspol“ gewonnen hat. Seit Beginn des Wahlkampfes, und mit seinem Fortschreiten immer mehr, spielten in der Öffentlichkeit nur noch Berlusconi „Rechte“ und die von den Reformkommunisten unter *Achille Occhetto* angeführte „Linke“ eine Rolle.

In einem Wahlkampf der Etiketten, nicht der Programme und nicht einmal der Parteien, der ganz von den Medien, in erster Linie vom Fernsehen, bestimmt war, hatten die Reste der noch verbliebenen Mitte, die innen zusammengebrochene und nach außen durch Abspaltungen tödlich geschwächte, in „Italienische Volkspartei“ (PPI) umgewidmete DC und der von dem ehemaligen DC-Politiker und Urheber des Mehrheitswahlrechts, *Mario Segni*, angeführte „Patto Italia“, von vornherein keine Chance.

Obwohl noch am ehesten als Reformkräfte zu bezeichnen, konnten sie sich nicht vom Image freimachen, Vertreter des „korrupten Alten“ zu sein, wurden sie zwischen Berlusconi-Reklame und linker Propaganda regelrecht zerrieben. Mario Segni wurde zum eindrucklichsten Opfer seiner eigenen Reforminitiative. Er und die mit ihm verbündeten „Popolari“ wurden wie keine andere Richtung durch das Mehrheitswahlrecht regelrecht abgestraft. Obwohl beide zusammen rund 20 Prozent der Stimmen gewannen, blieben ihnen (in der Abgeordnetenkammer) mit 46 nur rund 8 Prozent der Sitze.

Den im linken Wahlbündnis untergeschlüpfen kleinen Reformparteien – den Grünen, der von dem Palermitaner Bürgermeister *Leoluca Orlando* angeführten „Rete“ – erging es allerdings nicht anders. Die Wählerschaft folgte der mediengestrickten Etikettenpolarisierung. Durch den Gewinn von Direktmandaten im Rahmen der Wahlbündnisse konnten sich allerdings verschiedene *Kleinparteien*, die nach dem Proportionalwahlrecht der Vier-Prozent-Klausel zum Opfer fielen, ins

Parlament hineinretten. Auf der Linken z. B. auch die früheren Craxi-Sozialisten, auf der Rechten ehemalige Vertreter des konservativen Flügels der DC.

Das traditionelle *Vielparteienspektrum* der Ersten Republik ist am Beginn der Zweiten kaum schmaler geworden. Insgesamt 16 Parteien und Gruppierungen bilden das neue Parlament. Dies und die Tatsache, daß es sich bei der siegreichen Berlusconi-Rechten wie bei der unterlegenen Occhetto-Linken um lose Wahlbündnisse mit sehr heterogenem politisch-ideologischem Inhalt und höchst divergierenden Interessen handelt, versprechen für die Zweite Republik im Grunde nicht mehr Stabilität, als die Erste zu halten vermochte.

Zudem gibt es bei den neuen Konstellationen *große Unterschiede zwischen Stimmen und Sitzen*. Nach Stimmen, die sich aber nur auf das Viertel der nach dem Verhältniswahlrecht gewählten Sitze beziehen, ist Berlusconi „Forza Italia“ mit 21 Prozent der große Gewinner. Nach der Gesamtzahl der Sitze liegt die „Lega“ des professionellen Unruhestifters *Umberto Bossi* weit vorne, und in der Kammer wird Berlusconi „Forza Italia“ sogar von dem Mussolini-Verehrer *Gianfranco Fini* überflügelt (Lega 122, Alleanza Nazionale 105, Forza Italia 103 Kammerstimmen). Nur beide zusammen, der Stimmenanteil nach dem Verhältniswahlrecht und der effektive Anteil an Parlamentssitzen, spiegeln das tatsächliche Gewicht der verschiedenen Parteien und Bewegungen wider. Die Schaukämpfe im Vorfeld der Regierungsbildung hatten auch etwas mit dieser realen Kräfteverteilung zu tun. Sie läßt für die Zukunft Spielraum für alle möglichen Kombinationen und läßt spannende Entwicklungen erwarten.

Zunächst freilich sind die Verhältnisse insoweit klar, als es zum „Freiheitspol“ schon rein numerisch keine Alternative gibt und wer sich in diesem Bündnis Berlusconi verweigern würde, bei den dann bald wieder fälligen Neuwahlen mit dem sicheren Untergang zu

rechnen hätte. Diesem dürfte die Lega Bossis allerdings auch dann nicht entgehen, wenn die kommende Regierung wenigstens der Form nach eine *stärkere Regionalisierung* des Landes, kombiniert mit der Einführung des reinen Mehrheitswahlrechts und der Durchsetzung des von den Neofaschisten gewünschten Präsidialsystems, schafft. Die Funktion der Lega wäre damit vermutlich erschöpft. Aus den Etiketten würden dann vermutlich doch Richtungen: eine national eingefärbte Rechte, in der sich Wirtschaftsliberale und „Sozialfaschisten“ reiben, und eine reformkommunistisch beherrschte Linke, in der sich wie auf der Rechten Altes und Neues mischt.

Am Wahlsonntag schrieb in der Turiner „Stampa“ deren Chefredakteur *Enzio Mauro*, für den Wahlausgang würden zwei Dinge entscheidend sein: Die Mehrheit der Italiener akzeptiere nach wie vor nicht einen siegreichen Durchmarsch der von Reform- und Altkommunisten bestimmten Linken, und mit dem Ende der Christdemokraten werde ein „Rechtsinstinkt“ freigesetzt, der in der alten DC „verdeckt“ überlebte. Fügt man hinzu, daß jenseits aller Richtungen viele Italiener Berlusconi deswegen zum Sieg verholten haben, weil sie in ihm den Erfolgreichen sehen, der jeder selber sein möchte, dann ist damit wohl der entscheidende Punkt getroffen. Die *Angst vor den Kommunisten* ist noch nicht ganz geschwunden, aber die in ihrer politischen Repräsentation freigesetzte national gesinnte Rechte wird nach dem Ende der DC breiter.

Endgültig verloren hat die *Kirchenführung* mit ihrem schon lange nicht mehr verständlichen Festhalten an der „politischen Einheit der Katholiken“. Kein Wunder, daß der Hauptvertreter dieses Festhaltens, der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal *Camillo Ruini*, bereits in den ersten Tagen nach der Wahl Annäherungssignale in Richtung Berlusconi und nationale Rechte aussandte. Aus Mailand, von Kardinal *Carlo Martini*, kamen bald darauf andere Zeichen: Martini zeigte sich „besorgt“ über den neuen Standort vieler

Katholiken (sie wählten, gerade die praktizierenden, in Scharen den Freiheitspol). Es sei unklar, wohin der Weg führe. Die Kirche halte überall den Dialog offen mit den Institutionen, aber über die „großen ethischen Veränderungen muß sie sich in absoluter Freiheit äußern“. Die Pointe: Der Kardinal sagte das in einem Interview mit „La Voce“, der neugegründeten Tageszeitung des Nestors der italienischen Journalisten, *Indro Montanelli*, der aus Protest gegen das politische Engagement Berlusconis, diesem seinen Dienst aufgekündigt hat. Auch im Verhältnis Kirche – neue Mehrheit dürfte es spannend werden.

se

## Zäsur

### *Das Weißbuch 1994 zur Zukunft der Bundeswehr*

Der Bundeswehr stehen grundlegende Veränderungen ins Haus – das ist die Kernaussage des vor wenigen Wochen veröffentlichten Weißbuchs 1994 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr. Sie muß sich nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes auf ein „breites, vielfältiges und abgestuftes Aufgabenspektrum“ einstellen. Neben die Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO wird, so das Weißbuch, künftig die Fähigkeit zur Mitwirkung im Rahmen der „multilateralen Krisenbewältigung von NATO und WEU“ und zur angemessenen Beteiligung an Einsätzen im Rahmen der Vereinten Nationen und der KSZE treten.

Dementsprechend soll der Schwerpunkt für die Weiterentwicklung der Bundeswehr auf den *Krisenreaktionskräften* liegen. Das deutsche Kontingent an Krisenreaktionskräften müsse materiell so ausgestattet sein, „daß es in der Lage ist, Operationen unter Beteiligung aller drei Teilstreitkräfte

im Zusammenwirken mit den Bündnispartnern zu führen und dabei das gesamte Spektrum möglicher Einsätze abzudecken, von der modernen Guerilla-Kriegführung bis zum Einsatz gegen hochwertig ausgerüstete Streitkräfte“. Für die Handlungsfähigkeit der Bundeswehr, so heißt es an anderer Stelle, hätten Verfügbarkeit und Qualität „einzelner operativ einsatzfähiger und integrationsfähiger organischer Gruppenkörper“ Vorrang vor der gleichmäßigen Ausstattung aller Truppenteile.

Die Soldaten wie die Öffentlichkeit werden sich also auf eine andere Bundeswehr einstellen müssen: Nicht mehr die Abschreckungs- und Verteidigungsarmee an der NATO-Zentralfront gegenüber der klar umrissenen militärischen Bedrohung durch den Warschauer Pakt, sondern Streitkräfte, die für Krisenbewältigung im Auftrag der NATO oder der Vereinten Nationen bereitstehen. Zwar ist die Verfassungslage für entsprechende Bundeswehreinsätze derzeit noch nicht abschließend geklärt, und es ist darüber hinaus ganz und gar nicht absehbar, wo, in welchem Umfang und mit welchen Aufträgen die künftigen Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr einmal eingesetzt werden. Aber grundsätzlich sind die Weichen für die neuen Aufgaben der Bundeswehr gestellt.

In einem Kommentar zum Weißbuch stellte die FAZ (6.4.94) fest, künftig würden Soldaten mit unterschiedlichen Pflichten und unterschiedlichem Auftrag in der Bundeswehr Dienst tun: „solche, die nur das eigene Land verteidigen sollen, und andere, die für Einsätze überall dort bereitstehen, wo dies die Bundesregierung befiehlt“. Schon jetzt treten, wie der Wehrbeauftragte in seinem Jahresbericht 1993 notierte, die unterschiedlichen Bedingungen für eine sinnvolle Ausbildung und Dienstgestaltung zwischen Krisenreaktionskräften und Hauptverteidigungskräften für Soldaten aller Laufbahngruppen zunehmend hervor. Diese Probleme dürften in den nächsten Jahren noch zunehmen, jedenfalls dann, wenn sich die Entwicklung des Vertei-